

wirklich zusammen zu arbeiten, ihnen allen fehlt etwas im Oberstübchen. Durch alle mögliche Lektüre sind sie verdröht geworden, bis endlich die allgemeine Explosion in ihrem Kopfe kam. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Der Delegierte aus Leipzig hat den Grundsatz aufgestellt, man müsse mit den Anarchisten diskutieren, wie im Reichstag mit den anderen Parteien. Die internationalen Kongresse sind aber Parlamente, nicht für die Vertreter aller Parteien, sondern nur für die Vertreter des im Klassenkampf stehenden Proletariats aller Länder — sie sind dazu da, die Grundlagen für die Verwirklichung der Forderungen des Proletariats aufzubauen. Unsere Kongresse sollen keine Schwachkränzen sein, in denen mit Krethi und Plethi über Fragen, die für uns längst abgethan sind, leeres Stroh gedroschen wird. In einer so ernstlichen Angelegenheit lassen wir uns durch eine Handvoll Schreier, die, so weit sie wissen was sie wollen, unsere Feinde sind, nicht stören. Wo über Arbeiterinteressen, Arbeiterschutz und dergleichen wirklich zu reden in London Gelegenheit war, haben sie geschwiegen. Sie haben den Kongress nur benutzen wollen als Piedestal, von dem aus sie gesehen werden wollten, da man sie wegen ihrer Kleinheit sonst nicht sieht. In die Gewerkschaften drängen sie sich jetzt mit Vorliebe, nach einem offenbaren Plan. Dem muß man einen Niegel vorschieben, denn sind erst einige dieser Burschen in einer gewerkschaftlichen Organisation, dann ist es schwer, sie wieder herauszubekommen. (Sehr wahr.) Wir müssen das Recht der freien Meinung respektieren, sagt Grenz. Gewiß! Wer hindert sie denn, ihre eigenen Kongresse abzuhalten. (Sehr richtig!) Das können sie aber nicht, weil sie nichts anderes machen können, als Standal. (Beifall.)

Leutert-Apolda weist die Ansichten von Grenz zurück. Der Anarchismus ist die verkörperte Selbsthilfe Schulze-Delitzsch's, die ins Faustrecht ausgeartet ist. Ein Vertrauensvotum für den internationalen Kongress hält Redner aber für überflüssig. Daß die Anarchisten ausgeschlossen bleiben, hält er dagegen für selbstverständlich.

Vier Schlufsanträge liegen vor.

Timm für den Schluß: Die Anarchisten sind nicht soviel werth, daß wir uns mit diesen Stänkerfräßen lange aufhalten. (Heiterkeit.)

Der Schluß wird angenommen.

Beyer-Leipzig stellt fest, daß die Leipziger Genossen geschlossen den Ausschluß der Anarchisten billigen.

Das Schlußwort hat **Bebel**: Liebknecht hat mich zum Theil mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß die Independent Labour Party den Gewerkschaften näher stehe, als die sozialdemokratische Förderation, sondern daß der größte Theil ihrer Anhänger aus den Gewerkschaften selbst hervorgegangen ist. Ich bin noch jetzt der Meinung, daß, wenn man von Seiten des Bureaus in London richtig vorgegangen wäre, es unmöglich gewesen wäre, der Anarchisten wegen drei Tage zuzubringen. Nur der Züricher Beschluß konnte maßgebend sein, sonst würde der nächste Kongress wieder das Recht haben, entgegen dem Londoner Beschluß die Anarchisten zuzulassen. (Sehr richtig.) Daß Grenz kein Anarchist ist, davon bin ich überzeugt. Er hat aber eine ganz schiefe Anschauung von den Anarchisten. Für uns ist die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur dazu da, um unseren Kampfboden so günstig wie möglich zu schaffen. (Beifall.) Die Anarchisten können gar keinen Kongress abhalten, denn was wollen sie berathen; es giebt nicht zwei Anarchisten auf der Welt, die dieselben Anschauungen haben. (Heiterkeit und Beifall.) Daß Grenz sich der Abstimmung enthalten will, ist sehr klug von ihm, er wäre sonst der einzige, der gegen die Resolution gestimmt hätte, und man blamirt sich nicht gern. (Heiterkeit.)

Die Resolution der Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld:

„Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachte Resolution, welche die fernere Theilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht“ wird einstimmig angenommen. Damit ist Punkt 6 erledigt. Punkt 4 (Arbeiterschutz) und 7 (Frauenagitation) werden auf Wunsch der Referenten vertagt. Es kommt zur Verhandlung Punkt 8 der Tagesordnung: **Organisation.**

Zu diesem Punkte liegt folgende Resolution vor:

„Nachdem durch Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidiums, welche durch richterliche Entscheidung in erster Instanz bestätigt worden sind, die im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei vorgesehene Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angeblich gegen die Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen habe, und die Schließung dieses Vereins ausgesprochen worden ist, protestirt der Parteitag gegen die durch diese Maßnahme befundene Ausnahmebehandlung unserer Partei. Der Parteitag konstatiert, daß sämmtliche bürgerliche Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell ihre Parteileitung Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maßstabe gemessen werden, welcher gegen unsere Parteiorganisation anzulegen beliebt wurde, in viel weitgehender Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist. In Erwägung des Umstandes, daß die erstrichterliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf Weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen. Der Parteitag billigt die durch die Fraktion aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des „Vereins Parteivorstand“ getroffenen provisorischen Maßnahmen, die Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitze in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstags-Fraktion, und beschließt, dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgiltigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten. Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigeschäfte und als eventuelle Beschwerde-Instanz setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus sieben Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen ist.“

Berichterstatter Muer: Durch die bekannten polizeilichen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, die Organisationsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren mit der Organisation, die wir uns in Halle gegeben haben, vollständig zufrieden und hätten durchaus keine Ursache, Aenderungen im Organisationsstatut vorzunehmen, wenn wir nicht durch die bekannten Vorgänge dazu genöthigt wären. Wir müssen freilich darauf Rücksicht nehmen, daß die erstrichterliche Entscheidung, wonach die gesammte Parteileitung aufgelöst ist, noch beim Reichsgericht als letzter Instanz anhängig ist und daß wir noch nicht wissen, wie die endgiltige Entscheidung ausfallen wird.

In Bezug auf die Organisation hat sich im Laufe der Jahre innerhalb unserer Partei eine mächtige Wandlung vollzogen; die ursprüngliche Organisation beruhte auf dem Gedanken eines einzigen großen Vereins mit einer über ganz Deutschland verbreiteten Mitgliedschaft. Deshalb war z. B. der Zutritt zu den Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins abhängig von der Beitragsleistung der Vereinskasse des betreffenden Ortes. Wollten wir auch heute noch so verfahren und Delegirte aus Orten,

die der Parteikasse gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt haben, nicht zulassen, so würde ich manchen hier sehen, der nicht da ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Natürlich können wir heute nicht zu der alten Organisation zurückgreifen, wir sind heute eine große Partei geworden, die zwar noch bestimmte Zentralaufgaben, ein Zentralorgan, eine Zentralkasse hat, die aber doch über den Rahmen eines Vereins weit hinaus gewachsen ist. Eine Reihe von Aufgaben, die früher von der Zentralstelle aus besorgt wurden, sind jetzt auf die Provinzial-Parteileitungen übergegangen, die insolge dessen auch einen Theil der Beitragsleistungen bekommen. Ein gewisses Maaß von Dezentralisation ist ja nothwendig, aber wir sollen darüber nicht vergessen, daß wir auch gemeinsame Aufgaben haben, zu denen gemeinsame Mittel nothwendig sind. Es handelt sich viel weniger darum, daß diese Mittel in noch reichlicherem Maaße aufgebracht werden, sondern daß bei ihrer Aufbringung ein möglichst großer Kreis von Parteigenossen interessirt ist.

Im letzten Jahre haben nur 251 Orte Deutschlands Beiträge an die Zentralkasse geleistet, während vor Erlass des Sozialistengesetzes viel mehr Orte an der Aufbringung von Geldern theilhaftig waren. Und doch wird niemand bestreiten können, daß heute die Partei eine viel größere Ausbreitung gewonnen hat! Aber das Interesse, an der Aufbringung der allgemeinen Partei-Unkosten durch einen Beitrag theilhaftig zu sein, ist im Rückzug begriffen. (Sehr richtig!) Nicht darauf kommt es an, eine möglichst hohe Summe aus den einzelnen Orten herauszuschlagen, obgleich ich denen, die diese hohen Summen eingefandt haben, gewiß keinen Vorwurf machen will. (Heiterkeit.) Im Gegentheil, ich bitte Sie, den alten guten Gewohnheiten auch ferner treu zu bleiben. Ich weiß sehr wohl, daß einzelne Provinzen, z. B. Schleswig-Holstein, eine Provinzial-Organisation haben, die die Beiträge gemeinsam einschickt. Wir wollen diese Organisationen nicht auflösen, wohl aber müssen wir auf die Nothwendigkeit hinweisen, neben den Leistungen für die Provinzialzwecke auch Leistungen für die allgemeinen Parteizwecke nicht zu vernachlässigen. Die Genossen dürfen ihren Gesichtskreis nicht einengen, sie müssen sich erinnern, daß es auch noch eine über ganz Deutschland verbreitete sozialdemokratische Partei giebt. In früheren Jahren wäre mir erwidert worden: Aber lieber Auer, spare Deine Worte, das wissen wir ja alles selbst. Heute hingegen ist es nöthig, darauf hinzuweisen. Ich habe verglichen, was früher und was jetzt aus den einzelnen Orten eingegangen ist.

Die Heimath liegt einem ja immer am nächsten (Heiterkeit), ich spreche deshalb zunächst von Bayern. In Frankfurt ist es seinerzeit zwischen uns und einzelnen bayerischen Genossen zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, es wurde darauf hingewiesen, daß sich ein gewisser Partikularismus geltend macht, der die Partei schädigt. Im letzten Jahre haben 15 bayerische Orte Beiträge geleistet, und das ist sehr viel für ein Land, wo der agrarische Charakter so stark ausgeprägt ist und die großen Industriezentren fehlen, besonders wenn man die rigorose Anwendung des bayerischen Vereinsgesetzes berücksichtigt. Es kommt bei allen diesen Dingen viel weniger darauf an, ob der Beitrag hoch oder niedrig ist, als darauf, daß die Genossen in den einzelnen Orten sich überhaupt erinnern, daß sie diese Pflicht haben. Es hat das Gefühl dafür nachgelassen, daß wir eine Organisation sind, die auf Leistung und Gegenleistung beruht. Das zeigt auch die Unregelmäßigkeit der Beitragsleistungen. Von den 251 Orten haben nur neun mehr als sechsmal im Jahr Beiträge geleistet; und München ist darunter ohne seine Schuld nur dadurch, daß dort ein stiller Genosse zufällig wohnt, der mit erfreulicher Pünktlichkeit fünf Mark monatlich einsendet. (Heiterkeit.)

Ich appellire an die alten Cassalleaner, die mustergiltig in der Organisation waren, ob es nicht an der Zeit ist, auf die alten Traditionen wieder

zurückzukommen. (Sehr richtig.) Württemberg hat ja seine eigene Organisation und macht Ansprüche an die Zentralkasse nur in äußerst seltenen Fällen; aber das kann es nicht von der Pflicht entbinden, sich gelegentlich doch der Zentralkasse zu erinnern. Der Ueberfluß, den die Württemberger an uns abführen, ist zu gering. Er betrug im Vorjahre nur 310 Mk. Wir müssen neben den Zuschuß-Provinzen auch Ueberschuß-Provinzen haben. Die badischen Genossen haben uns 404 Mk. geschickt (Zuruf!) — ja auch nicht viel — aber sie haben versprochen, ihre Sache in Zukunft besser zu machen, wenn wir ihnen vorerst einen größeren Pump geben. (Heiterkeit.) Am schlimmsten ist es mit Hessen, das doch eine außerordentlich starke sozialdemokratische Bewegung hat. Das Land hat eine starke Industriebevölkerung und wie sehr dieselbe mit uns sympathisirt, das zeigt die soeben verlesene Siegesdepesche — ich glaube, es liegt noch eine zweite vor aus Mainz. Aus ganz Hessen sind im ganzen 50 Mk. an die Zentralkasse abgeführt worden, das ist entschieden zu wenig. Diese Beispiele genügen. Ich will aber nicht unterlassen, zu konstatiren, daß es in einer ganzen Anzahl norddeutscher Provinzen um nichts besser steht und wir es also mit einem weit verbreiteten Uebel zu thun haben; also ich ersuche Sie dringend, meinen Appell zu beherzigen.

Wenn wir das bleiben wollen, was wir sind, die große sozialdemokratische Partei, die politische Vertretung der Arbeiterschaft Deutschlands, dann dürfen wir in bezug auf die zentralistische Gesinnung nicht mehr weiter zurückgehen.

Nun zum andern Theil meiner Aufgabe.

Parteigenossen! Sie wissen aus dem Bericht der Parteileitung bereits, daß uns die Auflösung nicht unvorbereitet getroffen hat, wenn uns auch keine Mittheilung auf unterirdischem Wege gekommen ist. Wir kannten unsern Köller, wir kannten den Einfluß Stumm's und deshalb rechneten wir auf einen Schlag gegen unsere Organisation nach Schluß der Reichstags-Session. Ich kann offen erklären; wir waren auf ganz andre Schläge gefaßt, auf Tragisches, nicht aber auf etwas, das zwar nicht Komik ist, aber doch auch nichts Ernstes. Tragisch hat die ganze Geschichte nur für Herrn von Köller geendet, der seinen Ministersitz dabei einbüßte. (Heiterkeit.) Die Schritte, die wir thaten, sind Ihnen bekannt. Die politische Leitung der Partei wurde, wie es in der Praxis schon immer war, der Fraktion übertragen, die geschäftliche Führung einem geschäftsführenden Ausschuß übertragen, dessen Sitz nach Hamburg verlegt wurde. Das war ein Provisorium. Wir wollten nicht erst einen außerordentlichen Parteitag einberufen, weil er unter den gegebenen Verhältnissen doch nichts thun konnte. Die polizeiliche Schließung war noch nicht gerichtlich bestätigt und wir müssen als vorsichtige Leute ja selbst jetzt noch auf das Wunder rechnen, daß das Reichsgericht einen guten Tag hat und das Berliner Urtheil umstößt. (Heiterkeit.) Wir wollten auch Herrn v. Köller nicht die Freude bereiten, durch Einberufung eines außerordentlichen Parteitags eine Maßnahme zu treffen, die er dahin auslegen konnte, als sei ihm ein kräftiger Schlag gegen uns gelungen. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages wurde überdies von keiner Seite in der Partei verlangt. Jetzt tritt die Frage an uns heran, was nun thun? Unsere provisorischen Einrichtungen haben nach jeder Hinsicht ihren Zweck voll erfüllt. Wir sind deshalb nicht in der Situation, etwas thun zu müssen, wo wir das Feld noch nicht übersehen können. Das Reichsgericht hat noch nicht gesprochen, deshalb ist es auch noch nicht angebracht, wesentliche und einschneidende Aenderungen in der Organisation vorzunehmen und eine definitive Entscheidung zu treffen. Die Bestimmung, daß politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, ist von allen Parteien preisgegeben und auch die Regierungen konnten sich des Eindruckes nicht verschließen, daß diese Bestimmung weiterhin unhaltbar sei. Der Reichsanzler

Kürst Hohenlohe hat selber im Reichstag erklärt, daß sämtliche Regierungen sich dahin verständigt haben, bei der ersten Gelegenheit diese Bestimmung aufzuheben. Sie wollen aber dabei ein politisches Geschäft machen, sie wollen die reaktionären Bestimmungen ihrer diversen Vereinsrechte beibehalten, ja womöglich noch verschärfen. Wir werden vielleicht einen hohen Preis für die Beseitigung des Verbindungsverbotes bezahlen müssen (sehr richtig). Wir wissen nicht, welche neuen Hindernisse man uns in den Weg legen wird. Da wäre es ja thöricht von uns, das Provisorium, das sich bewährt hat, jetzt schon aufzugeben. Ich ersuche Sie, der Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, zuzustimmen. Ich glaube, daß Sie dadurch im Interesse der Partei handeln.

Was die Anträge zur Organisation anlangt, so ersuche ich Sie, den Antrag 24, den die Niederbarnimer wieder gestellt haben, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten, abzulehnen. Denken Sie nur, wenn wir in diesem Jahre den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abgehalten und in dieser Jahreszeit diesen Weg hier heraus hätten machen müssen, ich sage nichts mehr. (Geisterkeit.) Dieser Antrag entspringt dem Wunsche, auch solchen Genossen Gelegenheit zu geben, nach den Parteitagen sich delegieren zu lassen, welche durch ihr Arbeitsverhältnis daran verhindert sind, zu einer anderen Zeit als bei der Inventuraufnahme das Mandat zu übernehmen. Aber darauf können wir nicht Rücksicht nehmen. Es ist auch nicht richtig, jedes Jahr nur neue Delegierte zu wählen. Wir brauchen Genossen, die bereits Erfahrung mitbringen, das Relaisystem bei der Delegiertenwahl kann unsere Arbeiten nicht fördern. Auch den Antrag aus Berlin und Hamburg, die Kontrolleure möglichst aus den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand seinen Sitz hat, zu wählen, bitte ich abzulehnen. Die Kontrolleure sind die Instanz des beleidigten Parteigewissens. Daher dürfen keine stetigen persönlichen Beziehungen zwischen Kontrolleuren und Parteileitung bestehen. Auch die anderen Anträge lehnen Sie ab; wir wollen doch jetzt an der Organisation nichts ändern. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Mit zur Debatte steht nur die Resolution Auer, da die Anträge 26, 27 und 28 nicht genügend unterstützt werden und Antrag München, nur alle zwei Jahre den Parteitag abzuhalten, zurückgezogen wird.

Schmitt-München: Die Aeußerung des Berichterstatters über die Beiträge der Münchener kann den Eindruck erwecken, als wenn wir auf der Bärenhaut liegen und hinter dem Maßkrug sitzen. (Geisterkeit.) Das ist nicht der Fall, wir konnten in diesem Jahre nicht mehr zahlen, weil München und Nürnberg die Kosten der Agitation für ganz Oberbayern zu bestreiten haben und gezwungen waren, aus eigenen Mitteln die „Münchener Post“ zu vergrößern. Auch die beiden großen Münchener Ausstände in diesem Jahre erforderten große Kosten, wir haben das Geld, das an die Parteikasse abgeführt werden sollte, hierfür verwenden müssen. Das alles wußte Genosse Auer, er hatte es also nicht nötig, die Münchener hier vor dem Parteitag anzupapfen.

Schleicher-Metz verweist auf die verschiedenen Wahlkämpfe und Ausstände in Elsaß-Lothringen, die es verhindert hätten, Beiträge an die Zentralkasse abzuführen. Dafür sei die Parteibewegung, zum Theil ohne Unterstützung der Parteikasse, in Elsaß-Lothringen ordentlich vorwärts gekommen, trotz der schwierigen Verhältnisse unterm Diktaturparagraphen und den Ausnahmegesetzen. Den Köller brauchen die Elsaß-Lothringer nicht. (Geisterkeit.) Die erleben dort mehr als Köller. Die sozialdemokratischen Stimmen dort kommen von der französischen Bevölkerung.

Trautwein: Der Rassenbericht und das Referat Auer's stellen es so dar, als ob die Opferwilligkeit der Partei im Niedergang begriffen sei. Die gegnerische Presse fällt da natürlich über uns her: Ich bin aber der entgegen-

gesetzten Meinung: Nicht erlahmt ist die Opferwilligkeit der Genossen im Lande, sondern sie hat zugenommen. Nur wird jetzt das Geld zum Theil für die Gewerkschaftsbewegung gezahlt. Vor der Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger alle Achtung! — Aber die sind auch reich. Dort sind Referenten am Ort, dort sind die Versammlungen groß und die Unkosten geringer. Bei uns wird viel Geld in der Landagitation verpulvert. Ein wunder Punkt sind die persönlichen Differenzen an manchen Orten, die können allerdings die Opferwilligkeit der Genossen lähmen.

Koenen-Hamburg: Genosse Martiffe hat gestern gesagt, daß es den Genossen in Schleswig-Holstein nach ihrem Organisationsstatut verboten sei, Gelder an die Zentralkasse abzuführen, so lange die Partei in der Provinz noch Geld braucht. Darin liegt ein Vorwurf gegen Altona und Ottenfen, die beide Gelder an die Parteikasse gezahlt, also das Organisationsstatut übertreten haben. Schmitt entschuldigt München, das nur deshalb keine Gelder geschickt hat, weil dort die Verhältnisse schlecht sind und ein harter Kampf mit den Gegnern geführt werden muß. Aber wo haben wir denn nicht mit Gegnern zu thun? Bei uns in Hamburg ist es doch auch nicht besser, und doch bringen wir große Summen auf. Von den Elsaß-Lothringern erwarten wir allerdings noch keine Gelder. Wir sind froh, wenn sie uns nichts kosten, und wir wären dem Genossen Schleicher dankbar, wenn er dies bewirken könnte. Ich stelle an die Opferwilligkeit der Genossen noch größere Ansprüche als Auer. Ich bin nicht einmal mit der Opferwilligkeit der Hamburger zufrieden. Die süddeutschen Genossen, die nach Hamburg kamen, haben sich dort oft noch von den Parteiarbeiten zurückgezogen, anstatt die Partei zu unterstützen. Wenn ferner Genosse Trautwein darauf hinweist, daß man jetzt für alles mögliche andere zu zahlen habe und daher nicht für die Partei soviel übrig habe, so ist das eine Konzession an den Indifferentismus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Hülle-Erfurt dafür, Voigt-Berlin dagegen gesprochen haben, abgelehnt.

Scherm-Nürnberg: Die Darstellung des Genossen Auer bezüglich der Beitragsleistung an die Parteikasse gegen uns aus Süddeutschland war eine durchaus einseitige. Er hat zwar den bayerischen Parteigenossen großes Lob gespendet, allein dieses Lob war mit Spizen durchsetzt, die verletzend für uns wirken mußten. (Sehr richtig.) Wenn er objektiv gewesen wäre, hätte er Stichproben auch aus Nord- und Mitteldeutschland machen müssen; auch da giebt es verschiedene Qualitäten in der Leistung der Beiträge. (Sehr wahr.) Ich muß den Vorwurf des Partikularismus, den er uns machte, entschieden zurückweisen. (Beifall.) Sie wissen doch, daß wir 1894 in München den Anfang einer selbständigen Organisation in Bayern gemacht haben und daß wir gerade auf dem damaligen Parteitage darauf hinwiesen, daß die Parteigenossen sich ihrer Pflichten gegen die Zentralpartei besser als früher befleißigen möchten. Es hat also nicht der Anregung Auer's in Frankfurt bedurft, uns zu veranlassen, unser Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Gesamtpartei auch finanziell zu bethätigen. Wenn das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der ganzen Partei bei uns nicht ein so starkes wäre, dann hätten die unschönen Angriffe Auer's gegen uns auf dem Frankfurter Parteitage sehr leicht bewirken können, daß wir in Zukunft überhaupt kein Geld mehr schicken. (Unruhe.) Wir in Nürnberg haben immer regelmäßig unsere Beiträge abgeführt. Die 400 Mk. im September sind nur zu spät abgeschickt worden, sie waren noch für das Rechnungsjahr 1895/96 bestimmt; ich erkläre das ausdrücklich. Es sind also somit von uns in Nürnberg 1200 Mk. für das verflossene Jahr bezahlt. (Beifall.)

Martiffe bestreitet Koenen das Recht, zu den schleswig-holsteiner Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Das Organisationsstatut unserer Provinz

142 Dritter Verhandlungstag. — Nachmittags-Sitzung.

verbietet uns, Gelder abzuführen, solange wir selbst noch welche brauchen. Den Ausführungen Muer's in Bezug auf die Dezentralisation stimme ich bei, es müssen Vorschläge gemacht werden, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. So lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns nach unserem Organisationsstatut richten. Roenen hat schon wiederholt darüber Äärm geschlagen. Wir haben seinem Drängen nachgegeben und werden versuchen, in anderer Weise das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern und unser Organisationsstatut zu ändern. Vielleicht empfiehlt es sich, daß auch andere Orte so vorgehen und nur ihre Gelder an die Parteileitung abführen.

Vock macht darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Sitzungszeit abgelaufen ist und läßt darüber abstimmen, ob diese Punkte der Tagesordnung heute noch erledigt werden sollen.

Die Versammlung entscheidet sich dafür, noch weiter zu tagen.

Weinheber=Hamburg wendet sich gegen die Behauptung Martiffe's, daß nach dem Organisationsstatut Schleswig-Holsteins alle überschüssigen Gelder nach Neumünster geschickt werden müssen. Das steht garnicht darin.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann=Bielefeld begründet, Fischer bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lesche=Altona: Ich habe hier zu erklären, daß die von Martiffe-Hamburg aufgestellte Behauptung: „In der Provinz Schleswig-Holstein müße jeder Wahlkreis sein Geld an den Vorort Neumünster schicken“, nicht in dem Organisationsplan enthalten ist. Die selbstverständliche Thatsache der Beitragsleistung an Neumünster ergibt sich aus der Organisation von selbst, schließt aber keinesfalls aus, daß neben diesen Leistungen auch Geld nach Berlin geschickt werden kann.

Vock: Das ist nicht persönlich. (Geiterkeit.)

Zur Geschäftsordnung beschwert sich **Vosselt**=Niederbarnim darüber, daß die Unterstufungsfrage für die gestellten Anträge erst nach dem Referat Muer's gestellt worden sei, so daß Muer sie bereits abfällig kritisieren konnte und so dazu beigetragen habe, daß sie jetzt ohne weiteres in die Verfertigung verschwänden. (Geiterkeit.) Das rufe Unzufriedenheit unter den Genossen hervor.

Im Schlußwort bemerkt **Muer**: Ich habe niemals die Forderung gestellt, keine neuen Delegirten auf den Parteitag zu entsenden. Gegen derartige Unterstellungen muß ich mich verwahren. Ebenso habe ich Niemandem einen Vorwurf wegen mangelnder Opferwilligkeit gemacht. Im Gegentheil, die Opferwilligkeit steigert sich progressiv. Ich habe nur von der Organisation und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit gesprochen und den Gedanken der Zentralisation zum Ausdruck gebracht. Man sollte doch nicht offenkundige Thatsachen ins Gegenteil verkehren, um auf einen Gegner loszuschlagen, den man sich nur supponirt. Für einen Gegner, den man sich selbst zurecht macht, kann ich keine Verantwortung übernehmen. (Sehr wahr!) Es ist auch nicht richtig, daß die Beiträge jetzt weniger reichlich fließen müssen als früher, weil jetzt die Gewerkschaftsbewegung Geld erfordere. Eine Gewerkschaftsbewegung hat es vor dem Sozialistengesetz im Verhältnis gegeben wie jetzt. Ich behaupte sogar, daß je stärker die Gewerkschaftsorganisationen sind, desto reichlicher auch die Mittel für die Parteiorganisation fließen werden. (Zustimmung.)

Dann noch ein Wort an den Genossen Scherm! Daß ich nur einige Beispiele aus Süddeutschland angeführt habe, und nicht auch aus Norddeutschland — wie es meine Absicht war — lag daran, daß ich heute plötzlich ganz unvorbereitet das Referat übernehmen mußte und meine Notizen nicht hier hatte. Ich gebe ausdrücklich zu, daß ganz dieselben Verhältnisse wie in Süddeutschland auch für ganze Provinzen und Länder Norddeutschlands zutreffen. Es ist also ganz falsch, von Epigen gegen Süddeutschland zu reden. Ich weiß

ja, daß das zu Scherm's Verhältnis mir gegenüber gehört. Ich will es ihm auch nicht aus dem Herzen reißen, es würde ihm sonst ein Stück fehlen. (Geiterkeit.) Ich liebe meine Landsleute gerade so wie sie sind. (Große Geiterkeit.) Daß mein Appell auf dem Frankfurter Parteitag nicht die Ursache gewesen ist, daß die Bayern mehr gezahlt haben, davon nehme ich Notiz; da habe ich mich eben geirrt. Ich begnüge mich mit der Thatsache, daß mehr Geld geschickt ist, ich stehe auf dem bekannten Standpunkt: Wenn es nur kommt; wo es herkommt und wie, das ist mir gleich. (Große Geiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß es sehr angemessen war, gegen den Provinzialismus ins Feld zu ziehen, der die Partei zu übermühen droht. (Sehr gut!) Mein Parteigewissen zwang mich, so zu reden, wie ich geredet habe, ohne daß ich Sottisen und Bosheiten gegen irgend Jemanden bringen wollte. Martiffe irrt sich in Bezug auf das schleswig-holsteinische Organisationsstatut in der That; ich will nur konstatieren, daß 13 Orte der Provinz in abgelaufenen Jahre 5166,80 Mk. an die Parteikasse abgesandt haben, — damit will ich schließen und Sie nur bitten, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Vock theilt unter lebhaftem Beifall ein Telegramm mit, wonach die Genossen Dr. David und Haas mit 118 Stimmen in den hessischen Landtag gewählt sind.

Da morgen Abend ein Festkommers zu Ehren der Delegirten stattfindet, wird von 9 bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause getagt werden.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen von dem Deutschen Leseklub in Paris, von französischen Genossen aus Lille und von der Ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Schluß gegen $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Von der Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russisch-Polens ist ein Begrüßungsschreiben eingetroffen.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird mit der Prüfung von Beschwerden beauftragt, die seitens der Genossen Kiepling und Pistorius aus Braunschweig und der Frau Gubela aus Berlin an den Parteitag gerichtet sind.

Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über den **Arbeiterchutz**. Diese Materie berühren die Anträge: 55, 56, 70, 71, 72, 73, 78, 79, 80 und 81.

Berichterstatter **Wurm**: Mit dem Fall des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung in der Behandlung des Arbeiterschutzes ein. Während wir auf den Parteitagen 1890 und 1891 noch das minder große Vergnügen hatten, uns mit denen herumzustritten, die Anbahnung von Reformen für einen Unsinn erklärten, ist dieser Standpunkt heute schon längst überwunden. Die Partei blieb unerschüttert ihren alten Grundsätzen getreu. Wir müssen alle Mittel benutzen, um die Arbeiterklasse gegen die Unterdrückung durch den Kapitalismus zu schützen und sie widerstandsfähig für den Kampf zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn wir auf allen Gebieten Schritt für Schritt Terrain zu erobern und die politisch und wirtschaftlich Rechtlosen zu schützen suchen. Dieser Schutz ist es, der als Arbeiterschutz unsere Thätigkeit in erster Linie in Anspruch nimmt. Unsere Bewegung in Deutschland ist nach zwei Seiten thätig, nach der politischen und nach der gewerkschaftlichen, und so lange diese beiden Organisationen bestehen, sind von jeher einzelne Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung mit Vertretern der politischen Bewegung in Differenzen gerathen